

Vergleichende Prüfung von hessischen Städten

Kelsterbachs Bürger zahlen geringe Gebühren

Zur Kenntnis nahmen die Stadtverordneten den Bericht über eine vergleichende Prüfung von 25 mittelgroßen Städten in Hessen mit Einwohnerzahlen zwischen 10.000 und 20.000. Einige Maßnahmen des Berichts, die sich aus dem Prüfwerk ergeben, fanden jedoch nicht die Billigung der CDU-Fraktion. Die Wählerinitiative (WIK) enthielt sich mit zwei Stimmen. 30 Bereiche hatte die Deutsche Warenreuhand AG unter die Lupe genommen, Kelsterbach liegt mit 20 der 30 Bereiche bei „sehr gut“ und „gut“, also über dem Durchschnitt. Doch auch Bereiche, die auf den ersten Blick mit einem „Minus“ oder einem „Doppelminus“ bewertet wurden, erweisen sich bei näherem Hinsehen als positiv für die Bürgerinnen und Bürger. Die Note „sehr gut“ vergaben die Prüfer unter anderem für die Bereiche Steuereinnahmekraft, Rücklagenbestand, Verschuldungsgrad der Stadt, Betreuungsdauer in den Kindergärten, Förderung von Sport und Kultur und die relativ geringe Gebührenhöhe bei Abwasser, Wasserbezug, Abfallentsorgung und Bestattung. Gerade geringe Gebühren spüren die Kelsterbacher in ihrem Geldbeutel, müssen sie doch weniger für Leistungen berappen als anderen Orts. Als „gut“ bezeichnet wurden die Höhe der Kindergartengebühren und die der Grundsteuern. Durchschnittlich sei in Kelsterbach die Investitionsquote der Kommune anzusehen. Mit „minus“ wurden bewertet die hohe Personalquote der allgemeinen Verwaltung, Zuschussbedarf, Betreuungs- und Belegungsquote der Kindergärten in Kelsterbach. Hinzu kommen der geringe Kostendeckungsgrad bei den Friedhofsgebühren, das geringe Bevölkerungswachstum und der Rückgang der Zahl der Sozialversicherungspflichtigen.

In der Stellungnahme der Magistrats heißt es zu den Aussagen, die Stadt Kelsterbach verfüge über eine hervorragende Finanzstruktur mit stabilen Einnahmen, was sich auch in einem besonderen Leistungsangebot für die Menschen niederschläge. Vor allem sei die Gebührenbelastung in der Untermainstadt wesentlich geringer. So spare jeder Einwohner bares Geld. Der zurückgehenden Bevölkerungszahl werde man mit der Ausweisung der Baugebiete im Länger Weg und auf dem ehemaligen Enka-Gelände entgegenwirken. Dem Verlust von Arbeitsplätzen in den zurückliegenden Jahren werde schrittweise durch die Neubesiedlung des Mönchhofs begegnet, dazu dient auch die Ausweisung neuer Gewerbegebiete auf den „Staudenäckern“ und dem Enka-Areal.

Was für die Prüfer negativ scheint, ist ein Vorteil für Kelsterbachs Eltern. Die Stadt hat gemeinsam mit den Kirchengemeinden als Träger der Kindergärten für eine bessere Ausstattung gesorgt und mehr Erzieherinnen sind in Kelsterbach für die Jüngsten da. Zudem ist sich Kelsterbach des hohen Anteils an nichtdeutscher Bevölkerung bewusst, was sich natürlich auch in einem höheren Zuschussbedarf für Bildungsaktivitäten im Kleinkinderbereich widerspiegelt.

Die einst niedrigen Friedhofsgebühren in Kelsterbach musste die Stadt seit 2004 schrittweise nach oben anpassen.

Dass es in Kelsterbach mehr Personal in der Allgemeinen Verwaltung gibt als in vergleichbaren Städten wie Flörsheim, Raunheim, Schwalbach, Dieburg oder Weilburg, begründete Bürgermeister Manfred Ockel. Die große Anzahl städtischer Gebäude ziehe einen entsprechenden Unterhaltungsaufwand nach sich. Die Stadt Kelsterbach habe kein Personal in „Eigenbetriebe“ ausgelagert, die somit formell aus den Beschäftigtenzahlen herausfielen. Viele freiwillige Maßnahmen der Stadt im sozialen und karitativen Bereich - Kelsterbach wendet hierfür jährlich sechs bis sieben Millionen Euro auf – kommen direkt den Menschen zugute. Vereine, Schulen, kulturelle Aktivitäten würden somit stärker gestützt als anderenorts. Zudem verfügt die Stadt über eine eigene Wohnungsverwaltung.

Für die CDU kritisierte Dr. Michael de Frênes den zu hohen Personaleinsatz Kelsterbachs. Es stelle sich die Frage nach der Effizienz in der Verwaltung. Das Bauamt vergebe zu viele Aufträge an Fremdfirmen. Seit Jahren fordere die CDU eine Anpassung der Personalkosten an die Struktur der Stadt.

Für die SPD stellte Sprecher Jürgen Zeller den Aspekt heraus, dass viele der personellen Maßnahmen politisch gewollt seien. Eine vergleichende Prüfung könne nicht die Besonderheiten einer Stadt wie Kelsterbach berücksichtigen, die während Jahrzehnten gewachsen seien. Gerade die Reinigung der städtischen Gebäude mit eigenem Personal, die Zahl der Hausmeister, Hallen- und Platzwarte, das Personal in Bauhof und Stadtgärtnerei schlage sich im ausgezeichneten Pflegezustand der Gebäude, Sportplätze und Hallen nieder. Das bestätigten vor allem Gäste aus anderen Städten. Kelsterbach habe den Nulltarif für die Nutzung städtischer Einrichtungen, auch das komme den Menschen direkt zugute. (hb)